



EU-Skeptiker im Aufwind?

Wirtschaftspolitische Implikationen der Europawahl

31. Januar 2014

Autoren

Nicolaus Heinen
+49 69 910-31713
nicolaus.heinen@db.com

Florian Hartleb
Universität Bonn
florian_hartleb@web.de

Editor

Barbara Böttcher

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland
E-Mail: marketing.dbr@db.com
Fax: +49 69 910-31877

www.dbresearch.de

DB Research Management
Ralf Hoffmann

Ende Mai finden die Europawahlen statt. Aktuelle nationalen Umfragen zufolge gilt ein Stimmenzuwachs bei EU-skeptischen Kräften als sicher.

EU-Skeptiker sind nicht nur am rechten Rand zu suchen. Es kann zwischen rechten und linken Kräften und zwischen gemäßigten und harten Parteien unterschieden werden.

Ausgehend von nationalen Wahlumfragen simulieren wir drei mögliche Szenarien des Wahlausgangs. Wir schätzen die Wahlergebnisse für insgesamt 28 EU-skeptische Parteien aus 16 Ländern bei unterschiedlicher Wählermobilisierung in einer Momentaufnahme und unter vereinfachten Annahmen. Selbst unter Extremannahmen mit hoher Mobilisierung EU-skeptischer Kräfte und einer insgesamt niedrigen Wahlbeteiligung würden EU-Skeptiker weit von handlungsfähigen Mehrheiten entfernt bleiben.

Gemäßigte rechte EU-skeptische Kräfte könnten allerdings bei politischer Einigkeit eine Fraktion bilden. Sie hätten dann größere Mitspracherechte in Ausschüssen. Ebenso wie die derzeitigen EU-skeptischen Fraktionen könnten sie von den etablierten Fraktionen im Plenum jedoch weitgehend übergangen werden.

Das Europäische Parlament (EP) wird auch nach der Europawahl 2014 beschlussfähig bleiben. Gleichwohl dürfte das Plenum weiter zersplittert werden. Eine zentrale Rolle wird dem Berichterstatterwesen zukommen, das bereits heute das mit 162 Gruppierungen enorm fragmentierte Plenum zu praktikablen Mehrheitsentscheidungen führt, jedoch auch unter Inkonsistenz und mangelnder konzeptioneller Einigkeit im Detail leidet.

Die Eurorettungspolitik könnte von den Europawahlen mittelbar betroffen sein. Das EP trifft zwar keine Entscheidungen über die Eurorettungspolitik – die Kompetenz liegt bei den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten. Allerdings könnten sich Regierungen im Vorgriff auf nationale Wahlen vom Abschneiden der jeweiligen EU-Skeptiker beeinflussen lassen und verstärkt auf nationale Interessen bestehen. Dieser mittelbare Einfluss der EU-Skeptiker dürfte sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang der Europawahlen relevant sein.

EU-Skeptiker im Europäischen Parlament: Drei Szenarien zur Europawahl

Sitze im Plenum des EP (Sitzanteil)						
Szenario	Gemäßigte EU-Skeptiker von rechts	Harte EU-Skeptiker von rechts	Gemäßigte EU-Skeptiker von links	Harte EU-Skeptiker von links	Anteil gesamt	Sitze gesamt
1	77(10,3%)	5(0,7%)	36(4,8%)	10(1,3%)	17,0%	128
2	100(13%)	7(1%)	44(6%)	12(2%)	21,7%	163
3	127(17%)	9(1%)	52(7%)	15(2%)	27,0%	203

Quelle: Deutsche Bank Research

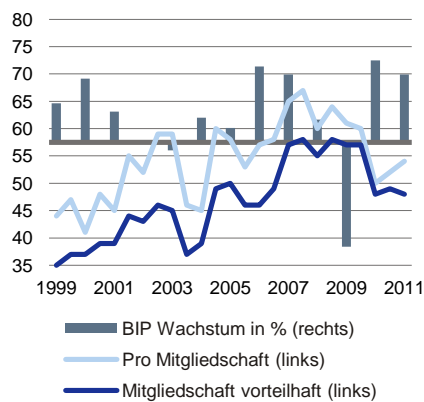


EU-Skeptiker im Aufwind?

Deutschland

1

Meinungsumfragen zur EU-Mitgliedschaft



Quellen: Eurobarometer, Eurostat, Deutsche Bank Research

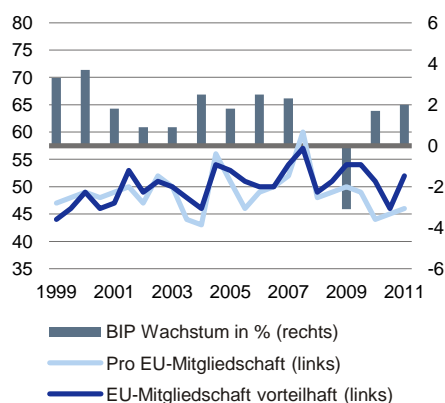
Die Krise in der Eurozone hat in den letzten Jahren eine öffentliche Debatte über den Euro und das Projekt der europäischen Integration generell ausgelöst. Sie wird nicht nur in den Ländern der Europeripherie geführt, die in den letzten Jahren enorme Anpassungslasten stemmen mussten und in denen Widerstand gegen die Reformpolitik naheliegt. Auch in den Kernländern der Währungsunion nehmen kritische Untertöne zu. Sie beklagen zunehmend die expliziten und impliziten Transfers zwischen den Ländern des Währungsraums und die pragmatische Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB).

Ein Blick auf die vier größten Länder der Eurozone zeigt, dass sich die grundsätzliche Unterstützung der Mitgliedschaft in der EU leicht verzögert zum Wirtschaftswachstum entwickelt hat. Dies gilt für die Jahre 1999 bis 2011 – seit Herbst 2011 stellt Eurobarometer, das Umfrageinstitut der Europäischen Kommission, keine Fragen mehr nach der Unterstützung der EU-Mitgliedschaft.¹ Unabhängig davon haben private Meinungsforschungsinstitute im Rahmen der Eurokrise zusätzliche Umfragen durchgeführt, die zeigen, dass die Zustimmung zur EU im Zuge der Krise abgenommen hat. Dies lässt sich sowohl für Länder innerhalb als auch außerhalb der Eurozone beobachten.

Frankreich

2

Meinungsumfragen zur EU-Mitgliedschaft



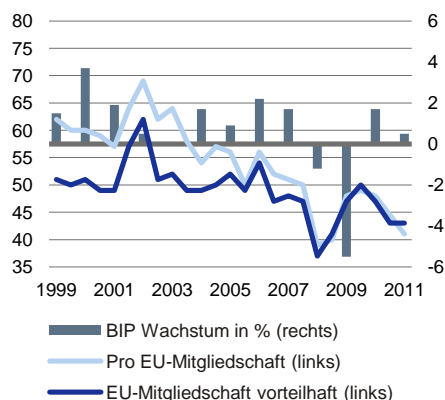
Quellen: Eurobarometer, Eurostat, Deutsche Bank Research

Die jüngste Entwicklung findet ihre Resonanz im Parteiensystem und in der Politik: In zahlreichen EU-Mitgliedstaaten gibt es heute politische Bewegungen oder Parteien, die in der deutschen Debatte oft als „Euroskeptiker“ bezeichnet werden. Sie bilden ein breites Spektrum an Parteien und Gruppierungen ab, das von links- bis rechtsaußen reicht. Der gebräuchliche Begriff „Euroskeptiker“ suggeriert jedoch, dass allein eine Kritik an der gemeinsamen Währung geübt wird. Dies ist nicht der Fall: Vielmehr überschneiden sich Oppositionshaltungen gegenüber dem gegenwärtigen institutionellen Umfeld der Europäischen Union, gegenüber dem Euro als gemeinsamer Währung und gegenüber den Plänen für die weitere Vertiefung der Integration, mit der eine Aufweichung nationaler Identitäten verbunden wird. Abhängig von Gruppierung und Land spielen diese Positionen eine unterschiedliche Rolle. Der Begriff „EU-Skeptiker“ ist daher geeigneter. Auch wenn die Interessenlage der EU-skeptischen Bewegungen in den Mitgliedstaaten unterschiedlich ist, haben sie gemeinsam, dass sie einerseits die Finalität europäischer Integration thematisieren und andererseits den Steuerungsansatz der jeweiligen nationalen Eliten in der Krise hinterfragen. Die kritische Auseinandersetzung in der Gesellschaft umfasst daher nicht nur wirtschaftliche und politische, sondern auch soziale und kulturelle Perspektiven.

Italien

3

Meinungsumfragen zur EU-Mitgliedschaft



Quellen: Eurobarometer, Eurostat, Deutsche Bank Research

Die thematische Ausrichtung der EU-Skeptiker könnte ihnen bei den Europawahlen Ende Mai durchaus zu beachtenswerten Ergebnissen verhelfen. Dies könnte Auswirkungen auf die zukünftige Haltung des Europäischen Parlaments (EP) bei Fragestellungen der europäischen Wirtschaftspolitik haben. Von Interesse sind dabei folgende Fragen:

- Welche Rolle spielt das EP in der europäischen Wirtschaftspolitik?
- Wie lassen sich die Profile EU-skeptischer Parteien klassifizieren?
- Welche Erfolgsaussichten haben EU-skeptische Parteien bei den Europawahlen – und was wären die Folgen?

Dieser EU-Monitor soll als nüchterne Bestandsaufnahme² die Frage beantworten, welche Rolle EU-skeptische Parteien im Rahmen der kommenden Europawahl für das EP spielen könnten.

¹ Die Frage zur Datenreihe „Pro-EU-Mitgliedschaft“ lautet: „Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache/eine schlechte Sache?“. Die Frage zur Datenreihe „EU-Mitgliedschaft vorteilhaft“ lautet: „Hat (hätte) Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist dies nicht der Fall?“ Eine Darstellung des EU-Durchschnitts hätte keine Aussagekraft, denn Wachstum und politische Stimmung sind in den Mitgliedstaaten hoch unterschiedlich.

² Die Autoren betonen an dieser Stelle ihre parteipolitische Neutralität. Diese Studie gibt weder eine Wahlempfehlung für die Europawahlen ab, noch warnt sie vor bestimmten Parteien.

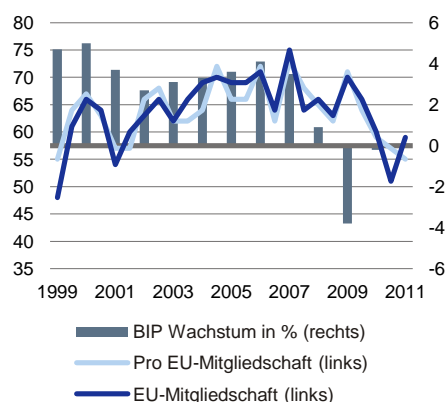


EU-Skeptiker im Aufwind?

Spanien

4

Meinungsumfragen zur EU-Mitgliedschaft



Quellen: Eurobarometer, Eurostat, Deutsche Bank Research

Europäisches Parlament: Ein wichtiger Akteur in der Eurokrise?

Das EP hat als europäische Institution seit den ersten Direktwahlen im Jahr 1979 mit jeder Änderung der europäischen Verträge an legislativen Kompetenzen hinzugewonnen. Ein Initiativrecht hat es jedoch bis heute nicht. Zusammen mit dem Ministerrat und dem Europäischen Rat hat das EP lediglich die Möglichkeit, der Kommission neue Gesetzesinitiativen vorzuschlagen. Der faktische Machteinfluss des EP ergibt sich daher in erster Linie aus seiner Beteiligung in den drei Gesetzgebungsverfahren (vgl. Kasten 5).

Das wichtigste dieser drei Verfahren ist das sog. „*Ordentliche Gesetzgebungsverfahren*“ – hier hat das Parlament ein Vetorecht. Es kann im Rahmen von bis zu drei Lesungen die Richtlinien, Verordnungen oder Beschlüsse – und damit die drei relevanten Rechtsakte des europäischen Sekundärrechts – blockieren oder abändern. In der Regel werden die meisten Legislativakte aber bereits in der ersten Lesung akzeptiert. Dies liegt unter anderem an einer intensiven Vorabstimmung zwischen Kommission, Ratspräsidentschaft und EP – dem sog. *informellen Trilog*. In der zurückliegenden Legislaturperiode waren 54 Prozent aller Gesetzgebungsverfahren ordentliche Gesetzgebungsverfahren (356 aus 666). Bei den im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) anhängigen Verfahren waren es 59 Prozent (69 aus 116).

Gesetzgebungsverfahren im EP

5

Das **ordentliche Gesetzgebungsverfahren** umfasst mehrere Stufen. In der ersten Stufe wird ein Kommissionsvorschlag im Plenum beraten. Das EP kann den Vorschlag entweder billigen (einfache Mehrheit, 50% der anwesenden Stimmen) oder Änderungsvorschläge anbringen. Nimmt der Ministerrat den Änderungsvorschlag an, gilt der Rechtsakt nach Veröffentlichung als verabschiedet. Vertritt der Ministerrat einen anderen Standpunkt, können eine zweite und dritte Lesung im Plenum erfolgen. In der zweiten Lesung kann das Parlament dann den Standpunkt des Rates annehmen, ihn abändern oder ablehnen. Wird er abgelehnt, ist das Gesetz gescheitert. Im Falle einer Änderung kann der Ministerrat das Gesetz entweder erlassen (einfache Mehrheit, wenn die Kommission ablehnt, einstimmig) oder ablehnen. Im letzteren Falle wird ein Vermittlungsausschuss einberufen. Scheitert dieser, gilt das Gesetz ebenfalls als gescheitert. Die hohe Vetomacht des EP im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren führt bereits im Vorfeld der ersten Lesung zu informellen Sondierungsgesprächen zwischen Kommission, Ratspräsidentschaft und EP – dem sog. *informellen Trilog* (siehe Kasten 6).

Das **Zustimmungsverfahren** sieht vor, dass das Parlament bei Vertragsergänzungsverfahren, Austritten einzelner Mitgliedstaaten oder internationalen Abkommen beteiligt wird. Es kann aber lediglich zustimmen oder ablehnen – weitergehende Beteiligungsrechte hat es nicht.

Das **Anhörungsverfahren** ermöglicht es dem Parlament, seine Meinung zu äußern. Weitergehende Mitwirkungsrechte hat es nicht. Der Anwendungsbereich gilt unter anderem für Wettbewerbsregeln, das Steuerrecht oder Gesetzgebung, die den Binnenmarkt betrifft.

Daneben gibt es **Sonderverfahren**, etwa das Verfahren zum Haushalt, zur Vertragsänderung oder zur Europäischen Bürgerinitiative, bei denen das EP jeweils unterschiedliche Mitwirkungsrechte hat.

Eine Besonderheit im europäischen Gesetzgebungsprozess ist das **Berichtersteratterwesen**. Bei jedem Gesetzesvorschlag der Kommission setzen sich Berichterstatter in den Fachausschüssen federführend mit dem Vorschlag auseinander und stimmen eine gemeinsame Position mit dem Ausschuss ab. Diese wiederum ist Entscheidungsgrundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten:

- Entweder stimmt das Plenum über die Entscheidungsgrundlage ab und schafft damit Fakten.
- Oder der jeweilige Bericht wird als Verhandlungsmandat im *informellen Trilog* (vgl. Kasten 6), einem inhaltlichen Abstimmungsprozess zwischen Europäischem Parlament, dem Ministerrat und der Kommission, genutzt. Das Plenum stimmt dann über den Kompromissvorschlag des Trilogs ab.

Das **Berichtersteratterwesen** hilft, zwischen den 162 Gruppierungen aus 28 Ländern im Plenum zu vermitteln und einen Konsens zu erreichen. Vereinfacht gesprochen erfolgt dies über einen dreifachen Interessensausgleich:

- innerhalb der Fraktionen: zwischen Abgeordneten unterschiedlicher Nationalitäten;
- innerhalb der Ausschüsse: zwischen Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen;
- und im Plenum: zwischen den Fraktionen.

Was der Einfluss des EP in der Wirtschaftspolitik faktisch bedeutet, zeigen drei jüngere Legislativprozesse zu Gesetzespaketen, die die wirtschaftspolitische Architektur von EU und Eurozone entscheidend geprägt haben.

- Das *Economic Six Pack* ist ein Legislativpaket aus fünf Verordnungen und einer Richtlinie, das im September 2011 verabschiedet wurde. Mit ihm wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert und um die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte ergänzt. Jeder der sechs Rechtsakte wurde von einem Berichterstatter im Ausschuss Wirtschaft und Währung (ECON) kommentiert und zur Abstimmung gestellt. Nach der Abstimmung im Ausschuss fand ein intensiver Trilog zwischen Kommission, Rat und EP statt. Nach der Einigung im Trilog wurden die Berichte mit den Kompromiss-



EU-Skeptiker im Aufwind?

Informeller Trilog: Wichtiger Einflusskanal 6

Bei allen wichtigen Gesetzgebungsinitiativen der jüngsten Vergangenheit hat sich der jeweils federführende Ausschuss zu einem sogenannten informellen Trilog-Verfahren entschlossen.

Hierbei handelt es sich um Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission (moderierende Rolle), der jeweiligen Ratspräsidentschaft und dem EP. Der Ausschussvorsitzende und die Berichterstatter halten den Ausschuss über die Gespräche auf dem Laufenden. Die drei Positionen werden miteinander abgestimmt und in einen Kompromissvorschlag gegossen. Dieser Kompromissvorschlag wird dann dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt.

Das Trilog-Verfahren ermöglicht es dem Parlament, vor einer möglichen Eskalation im Rahmen einer gescheiterten Lesung oder eines Vermittlungsausschusses Einfluss auszuüben.

Bisweilen werden mit den Kompromissvorschlägen auch Prüfaufträge für weitere Gesetzgebungsverfahren an die Kommission erteilt. Hierbei hat das Parlament jedoch nur einen begrenzten Einfluss, da die Kommission stets auch die Position des Ministerrats berücksichtigen muss.

Abstimmungsverhalten des Plenums bei wichtigen Berichten 7

Jeweils Ja / Nein / Enthaltung

SIX-Pack

Bericht Wortmann-Kool:	354/269/34
Bericht Feio:	363/268/37
Bericht Ferreira:	554/90/21
Bericht Goulard:	352/237/67
Bericht Haglund:	394/63/206
Bericht Ford:	442/185/40

TWO-Pack

Bericht Ferreira:	501/138/36
Bericht Gauzès:	471/97/78

CRD-IV-Paket

CRR: Karas	595/40/76
CRD-IV: Karas	608/33/67

Quelle: Europäisches Parlament

texten mit absoluten Mehrheiten in der ersten Lesung angenommen. Allerdings fielen die Abstimmungsergebnisse durchaus unterschiedlich aus (vgl. Box 7). Insbesondere die drei Berichte zu den Reformen der haushaltspolitischen Überwachung (Wortmann-Kool, Feio und Goulard) erhielten nur eine knappe Mehrheit.

- Stärker war die Zustimmung für das *Economic Two-Pack* – ein Legislativpaket aus zwei Verordnungen, das im März 2013 vom EP verabschiedet wurde. Es sieht in erster Linie eine Vorabprüfung nationaler Haushaltsentwürfe durch die Europäische Kommission sowie eine engermaschigere Überwachung für Länder unter dem Eurorettungsschirm vor. Auch hier kam es zum Trilog: Die Berichterstatter bestanden in den Verhandlungen mit Ministerrat und Kommission auf zahlreiche Bedingungen, die in den Berichten zu den zwei Verordnungen festgehalten wurden – so etwa einen Kommissionsvorschlag für ein Instrument zur Förderung von Wachstum (Umfang: jährlich 1% des BIP über zehn Jahre) und einen Implementierungsfahrplan für einen Schuldentilgungspakt. Auch das Two-Pack wurde schließlich in der ersten Lesung angenommen. Folgeinitiativen der Kommission und des Ministerrates griffen diese Maßgaben auf.
- Nicht zuletzt konnte das EP bei der Bankenregulierung Einfluss nehmen. Das *CRD-IV-Paket* ist ein Legislativpaket, das in zwei Rechtsakten die Basel-III-Anforderungen für Banken in europäisches Recht umsetzt. Die Richtlinie CRD-IV (*Capital Requirements Directive*) legt in erster Linie die Bankenzulassung und die Aufsichtspflichten der nationalen Aufsichtsbehörden fest. Sie bestimmt auch die Eigenmittelanforderungen für die Kapitalpuffer der Bankenunion. Die CRR I (*Capital Requirements Regulation*) harmonisiert Aufsichtsanforderungen für das Eigenkapital und Verschuldung in nationalem Recht. Das Europäische Parlament verzögerte hier jedoch den Legislativprozess im Trilog entscheidend, da die Berichterstatter u.a. auf eine Verschärfung der Liquiditätsanforderungen, stärker gedeckelte Managementvergütungen und eine transparentere Berichterstattung von Steuerzahlungen und Gewinnen bestanden und diese Forderungen größtenteils durchsetzen konnten. Das Legislativpaket wurde daher erst im April 2013 in erster Lesung angenommen – elf Monate, nachdem der Trilog begonnen wurde.

Unabhängig vom gesetzgeberischen Tagesgeschäft kann sich das EP über Resolutionen als wirtschaftspolitischer Agenda-Setter betätigen. Verbindlich sind derartige Resolutionen allerdings nicht. Ein jüngeres Beispiel hierfür ist etwa die Resolution zur Finanztransaktionssteuer vom Mai 2012.

Allerdings ist das EP nicht an allen wichtigen europapolitischen Entscheidungen der jüngsten Zeit beteiligt gewesen. Die operative Durchführung aller zuletzt reformierten Prozesse der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Europäischen Semester (Stabilitäts- und Wachstumspakt, makroökonomische Überwachung, Integrierte Leitlinien) verlaufen außerhalb der Mitwirkungsrechte des Parlaments. Zwar ist das EP über Beobachter am Prozess beteiligt und wird regelmäßig informiert. Mitspracherechte hat es jedoch nicht.

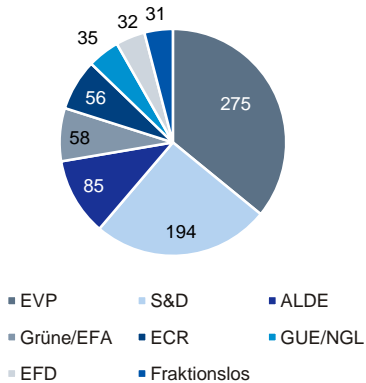
Ebenfalls keinen Einfluss hatte das EP bislang bei der Ausgestaltung der Eurorettungspolitik. So basieren die Euro-Rettungsschirme EFSF und ESM auf internationalen Verträgen des Völkerrechts, die von den nationalen Parlamenten ratifiziert wurden. Das EP hat hieran nicht mitgewirkt – auch, weil es bisher keine parlamentarischen Mit-Entscheidungsprozesse nur für Mitglieder der Eurozone gibt. Eine Beteiligung des EP ist auch nicht bei den EU-eigenen Hilfsmechanismen, dem EFSM und der Zahlungsbilanzfazilität gegeben, obwohl diese auf den EU-Haushalt als Garantie für jene Anleihen zurückgreifen, mit denen sie Mittel für Hilfskredite an den Kapitalmärkten aufnehmen. Sie betreffen also alle Mitgliedstaaten der EU.



EU-Skeptiker im Aufwind?

Sitzverteilung im EP, 2009-2014

8



Quelle: Europäisches Parlament

Auch die jüngsten Beschlüsse zur Bankenunion und insbesondere zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism*) lassen eine größere Einbindung des EP auch in Zukunft fraglich erscheinen. Dies gilt sowohl für strukturelle Entscheidungen, die neue Mechanismen aufsetzen, als auch für die Einbindung in laufende Verfahren. Die wirtschaftspolitische Architektur der Eurozone wird das EP langfristig immer nur prägen können, sofern diese künftig wieder über die klassischen Gesetzgebungsprozesse für das europäische Sekundärrecht aufgezogen werden und nicht wieder auf zwischenstaatlichen Verträgen des Völkerrechts beruhen.

Die Handlungsfähigkeit des EP ergab sich in den vergangenen Legislaturperioden oft aus der engen Zusammenarbeit der beiden dominanten Fraktionen EVP und S&D. Sie vereinen 468 der insgesamt 766 Sitze auf sich und können so in der Regel eine komfortable Mehrheit bilden. Neben den Fraktionen der Liberalen (ALDE), Grünen und Linken gibt es zwei Fraktionen, die sich im weitesten Sinne dem EU-skeptischen Spektrum zuschreiben lassen:

- Die *Europäischen Konservativen und Reformer* (ECR), denen 56 Abgeordnete angehören,
- *Europa der Freiheit und der Demokratie* (EFD), die mit 32 Abgeordneten die kleinste Fraktion im EP ist. Ihr gehören UKIP und Lega Nord an.
- Daneben gibt es noch 35 fraktionslose Abgeordnete, die z.T. EU-skeptische Haltungen einnehmen.

Dies wirft die Frage auf, welche Rolle EU-skeptische Kräfte nach der Europawahl im Plenum und in den Ausschüssen spielen könnten. Hier gibt es durchaus unterschiedliche Ausrichtungen.

EU-Skeptiker: Profile und Narrative

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich in den EU-Mitgliedstaaten zahlreiche EU-skeptische Kräfte gebildet. Die Parteienlandschaft ist äußerst heterogen, und die Programmatik der Parteien bildet eine enorme Bandbreite inhaltlicher Positionen ab. Sie lässt sich nach unterschiedlichen Maßstäben einteilen. Eine erste Differenzierung bietet sich entlang des Grades der Ablehnung an.

- **Gemäßigte EU-Skeptiker** lehnen bestimmte Aspekte des europäischen Integrationsprojektes oder der EU in der gegenwärtigen institutionellen Form ab. Im deutschen Kontext fokussiert sich dies auf den Euro als gemeinsame Währung. Gemäßigte EU-Kritiker gibt es aber auch in Ländern, die noch nicht Mitglied des Eurowährungsgebietes sind. Geläufig ist hier das Argument, dass das supranationale Vertragswerk nationalen Interessen entgegensteht.
- **Harte EU-Skeptiker** lehnen den europäischen Integrationsprozess hingegen grundsätzlich ab, damit folgerichtig auch die Mitgliedschaft in der EU. Ein Interesse an einer Weiterentwicklung des Integrationsprozesses besteht nicht.

Neben diesen unterschiedlichen Graden der Ablehnung bietet sich eine weitere Unterscheidung zwischen dem **rechten** und dem **linken** Parteienspektrum an.

Insbesondere im **rechten Spektrum** gibt es eine Vielzahl an Parteien und Bewegungen. Das zeigt ein Blick auf die starke EU-skeptische Formation innerhalb der regierenden britischen Konservativen („Tories“). Das rechte Parteienspektrum verweist oft auf die nationale Identität, die von der EU bedroht sei. Gemäß dem Slogan „Europa ja – EU nein!“ warnen sie vor einer massiven Beschneidung der nationalen Souveränität und Identität durch Brüsseler Institutionen, denen es an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Gemäßigte

Europäische Parteienmilieus im Vergleich

9

Eine feinere Ausdifferenzierung im Parteienspektrum entwickelt Flood (2002), der zwischen sechs verschiedenen Stufen des EU-Skeptizismus unterscheidet. Die ersten drei Stufen (Ablehner, Revisionisten und Minimalisten) können als EU-skeptisch betrachtet werden. Im weiteren Verlauf der Studie unterscheiden wir zwischen gemäßigt und hart.

Ablehner: Positionen, die entweder gegen die Mitgliedschaft in der EU oder die institutionelle Beteiligung gerichtet sind.

Revisionisten: Positionen, die ein Zurück des Integrationsprozesses anstreben, mit Blick auf das jeweils gültige Vertragswerk oder einzelne Policies.

Minimalisten: Positionen, die den Status quo akzeptieren, aber weiterer Integration und Vertiefung ablehnend gegenüberstehen.

Gradualisten: Positionen, die weitere Integration in kleinen und behutsamen Schritten unterstützen.

Reformisten: Positionen, die Reformen konstruktiv unterstützen und affirmativ begleiten.

Maximalisten: Positionen, die sich klar für ein mehr an Integration, Erweiterung oder Vertiefung aussprechen.



EU-Skeptiker im Aufwind?

Narrative von EU-Skeptikern

10

Euro/Eurozone

- Zurückweisung des Solidaritätsprinzips (bei Geberländern)
- Kritik an Fiskal- und Austeritätspolitik – Angst vor Fremdbestimmung (Nehmerländer)
- Ablehnung des Euro als Währung

EU-Strukturen generell

- Befürwortung eines Europas der Nationen, Ablehnung von Suprastaat
- Ablehnung des diplomatischen Verhandlungsdiskurses in der EU
- Zurückweisung der „Mehr-Europa-Rhetorik“, Kritik am Integrationsprozess als Einbahnstraße
- Anklage, dass die EU zu zentralistisch, bürokratisch, technokratisch und ineffizient sei
- Kritik am Demokratiedefizit
- Vorwurf der Überkomplexität

Nationale, kulturelle und regionale Identität

- Erhalt des traditionsreichen Nationalstaats – Furcht vor Verwässerung nationaler und regionaler Identitäten
- Verantwortung der EU für Masseneinwanderung und Schleuserkriminalität
- Ablehnung von Multikulturalismus
- Angst vor politisch-kultureller Fremdbestimmung

EU-skeptische Kräfte finden sich im rechten Lager bei sog. rechtspopulistischen Parteien in den Mitgliedsländern. Ihnen gemein ist die Kritik am Zentralismus und der angeblichen Regulierungswut Brüssels. Diese Kritik bildet in der Argumentation der Rechtspopulisten einen Gegensatz zu dem, was sie selber verkörpern wollen: Volksnähe und schnelles, unbürokratisches Reagieren auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung. Ein zweiter Punkt des rechtspopulistischen Narrativs ist die Abgrenzung zwischen „uns“ normalen und rechtschaffenen Bürgern und „denen“, den fernen Politbürokraten und ihren Institutionen und Verfahren. Vor allem wird kritisiert, dass die EU ein kostspieliges, entrücktes und bürokratisches Elitenprojekt sei, das riesige Geldbeträge für sich selbst beanspruche, ohne sich um die wahren Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern. Im Kontext der Eurokrise werden die laufenden Transfers aus Eurorettungspaketen zum Anlass für diese Kritik genommen.³ Uneinheitlich ist das Bild des rechtspopulistischen Spektrums bei Fragen der Einwanderung. Moderatere Kräfte beziehen zu Immigrationsthemen nicht umfassend Stellung, während radikalere Parteien Immigration aus nichteuropäischen Ländern ablehnend gegenüberstehen und bisweilen rassistische Untertöne erkennen lassen. Alle Kräfte des gemäßigten rechten Spektrums eint jedoch, dass sie Dogmatismus ablehnen und – bei allein Einwänden – dem Prozess der europäischen Integration und ihrem institutionellen Umfeld im Grundsatz positiv gegenüberstehen. Sie agieren nicht mit Anti-System-Affekten, sondern Anti-Parteien-Affekten. Vorrangig kritisieren sie das „Wie“, nicht jedoch das „Ob“.

Harte rechte EU-Skeptiker setzen am „Ob“ an und streben bisweilen eine radikale Umwälzung der bestehenden Gesellschafts- und Werteordnung an. Die Narrative beruhen auf Ablehnung des vorherrschenden demokratisch-rechtsstaatlichen Systems, rassistischen Motiven, Minderheitenfeindlichkeit, strikter Ablehnung von Immigration, Dogmatismus und Verweisen auf Verschwörungstheorien. Die Parteiorganisationen sind in der Regel nicht demokratisch aufgebaut, sondern beruhen auf Kaderorganisationen. Eben diese Ausrichtung macht eine parlamentarische Zusammenarbeit mit gemäßigten EU-skeptischen Kräften von rechts relativ unwahrscheinlich.

EU-Skeptizismus ist zudem nicht allein „rechts“ zu verorten. Die Narrative der [linken EU-Skeptiker](#) sind bisweilen andere. Insbesondere das gemäßigte linke Spektrum kritisiert, dass das Integrationsprogramm der EU per se neoliberal ausgerichtet sei. Hierbei wird oft Bezug auf den Europäischen Binnenmarkt genommen. Linke EU-Skeptiker kritisieren vor allem, dass der Europäische Binnenmarkt einen schädlichen Wettbewerb bei Standortentscheidungen ausgelöst habe, der mit einem Unterbieten bei Arbeits- und Sozialbedingungen einhergehe. Ein zweiter, oft geäußelter Vorwurf ist, dass die EU sich nicht ausreichend für eine striktere Finanzmarktregulierung einsetze. Eine Folge seien ungezügelte – und für die Realwirtschaft schädliche – Spekulationsgeschäfte an liberalisierten Kapitalmärkten. Als drittes Argument kommt mit Blick auf die Krisenstaaten hinzu, dass die allgemeine Sparpolitik den sozialen Zusammenhalt gefährde. Nicht selten wird dabei auch eine ordnungs- und wirtschaftspolitische Dominanz Deutschlands kritisiert. Ein vierter Kritikpunkt ist die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In Analogie zum harten rechten Spektrum äußert das harte linke Spektrum Kritik an der wettbewerblich orientierten europäischen Wirtschaftsordnung, im weiteren Sinne an der Globalisierung, der die EU Vorschub leiste. Auch hier steht der Systemwechsel im Mittelpunkt der politischen Zielsetzung.

All dies zeigt, dass die früheren „Nicht-Themen“ Europa und EU zunehmend zu einem zentralen Punkt im Parteienwettbewerb werden. Wie eingangs erwähnt, umfasst die Agenda der EU-Skeptiker aus allen Milieus generell drei Aspekte,

³ „Keinen Cent mehr für Rettungspakete auf unsere Kosten“ war eine der Formulierungen von Timo Soinis, (Wahren) Finnen, in der Wahlkampagne im Frühjahr 2011 (Raunio 2012: 14-17). Die Kampagne der Front National in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012 war ähnlich.



EU-Skeptiker im Aufwind?

erstens den Euro und die Eurozone, zweitens die Strukturen der EU sowie drittens die nationale, kulturelle und regionale Identität (vgl. Kasten 10). Hinzu kommen diverse nationale Narrative, die ein äußerst heterogenes Bild entstehen lassen. Dies legt nahe, dass es zwischen den einzelnen Bewegungen zahlreiche Zwischenschattierungen und Grenzfälle gibt. Bei allen Einschränkungen ist die Klassifizierung in rechts und links und in gemäßigt und hart jedoch für eine erste Einordnung dienlich. Tabelle 11 bildet die verschiedenen Ausrichtungen noch einmal grafisch ab. Die Einzelheiten zu den Parteien und ihre Narrative lassen sich indes nur mit einem Blick auf die einzelnen Länder darstellen.

Die wichtigsten Länder im Fokus

Die EU-skeptische Parteienlandschaft in Europa ist enorm heterogen. Das zeigt ein Blick auf die einzelnen Länder. EU-skeptische Parteieugründungen – so wie es in Deutschland beispielsweise mit der AfD der Fall war – sind in anderen Ländern zumeist die Ausnahme. In der Regel sind es rechte oder linke Parteien, die vor der Eurokrise oft nationale Themen besetzten und erst im Zuge der Eurokrise Kritik an der EU und ihrer Politik üben.

Parteien im Überblick

11

		Ausrichtung	
		Rechts	Links
Härtegrad	Gemäßigt	Bündnis Zukunft Österreich (AT)* Freiheitliche Partei Österreichs (AT)* Team Stronach (AT) Flämische Interessen (BE)* Partei freier Bürger (CZ) Alternative für Deutschland (DE) Dänische Volkspartei (DK)* Die (Wahren) Finnen (FI)* Nationale Front (FR)* United Kingdom Independence Party (GB)* Liga Nord (IT)* Vorwärts Italien (IT)* Partei für die Freiheit (NL)* Recht und Gerechtigkeit (PL)* Schwedendemokraten (SE)	Liste Hans-Peter Martin (AT)* Die Linke (DE)* Linksfront (FR)* Bewegung der Fünf Sterne (IT) Sozialistische Partei (NL)* Deine Bewegung (PL)
	Hart	Tschechische Morgendämmerung (CZ) Britische Nationalpartei (GB)* Goldene Morgenröte (GR) Bewegung für ein besseres Ungarn (HU)* Ungarische Morgenröte (HU)* Großrumänienpartei (RO)* Slowakische Nationalpartei (SK)*	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (CZ)* Vereinte Soziale Front (GR)*

* Partei ist momentan im EP vertreten.

Deutschland hatte lange Zeit keine explizit EU-skeptische Partei – wenn man von Initiativen der 1990er Jahre (*Pro DM, Bund freier Bürger*) absieht. EU-skeptische Debatten wurden in der Regel medial ausgefochten oder von Einzelpersonen über Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht in den Mittelpunkt gerückt.

Mit der Gründung der EU-skeptischen *Alternative für Deutschland* (AfD) im März des letzten Jahres hat sich dies geändert. Die AfD erreichte bei den Bundes-

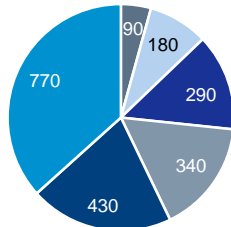


EU-Skeptiker im Aufwind?

AfD: Wählerbewegungen

12

Anzahl in Tausend bei der Bundestagswahl 2013



■ von den Grünen ■ von der SPD
■ von CDU/CSU ■ von der Linken
■ von der FDP ■ Nichtwähler/sonstige

Quellen: Infratest Dimap, Deutsche Bank Research

3-Prozent-Hürde für Deutschland

13

Mit seinem Urteil vom 9. November 2011 hat das Bundesverfassungsgericht die Anwendung der 5-Prozent-Hürde bei der Europawahl in Deutschland untersagt. Das Gericht argumentiert, dass eine Eintrittshürde grundsätzlich nur dann gerechtfertigt sei, wenn sie eine Zersplitterung des EP und dadurch eine Beeinträchtigung dessen Funktionierens verhindern würde. Angesichts der 162 Parteien, die im EP bereits heute vertreten sind, bestehe diese Gefahr nicht, wenn die Hürde entfalle. Diese Überlegungen gelten einmal mehr vor dem Hintergrund unterschiedlicher Wahlsysteme, die bei der Europawahl ineinandergreifen müssen.

Als Reaktion auf das Urteil verabschiedeten Bundestag und Bundesrat im Sommer 2013 eine 3-Prozent-Hürde für die Europawahl. Dies wiederum hat zu einer neuen Klage von insgesamt 19 kleineren Parteien geführt – darunter Freie Wähler, Piratenpartei und NPD. Mit einem Urteil ist im ersten Quartal dieses Jahres zu rechnen.

tagwahlen im September 2013 ein Ergebnis von 4,7 Prozent. Die Mehrzahl der Beobachter schreibt die AfD dem gemäßigten rechten Spektrum zu. Eine feste Zuordnung ist jedoch noch nicht möglich, da es kein ausführliches Parteiprogramm gibt. Die Diskussionen über das Europawahlprogramm tragen zudem ordnungspolitisch liberal geprägte Züge. Wechselwähleranalysen zeigen, dass AfD-Wähler aus dem gesamten Parteienspektrum kommen; damit überrascht es nicht, dass nach der Bundestagswahl inhaltliche Flügelkämpfe an der Tagesordnung sind. Die Zerstrittenheit der Landesverbände dürfte angesichts nationaler Wahllisten allerdings keine Rolle spielen. Als Ein-Themen-Partei könnte die AfD im Europawahlkampf mit ihrem Thema besonders punkten – und damit Splitterparteien wie der NPD oder den Republikanern bei der Europawahl Wähler entziehen. Es gilt daher als sicher, dass diese beiden Kräfte an der deutschen Dreiprozenthürde scheitern werden. Wir nehmen sie daher in die weitere Beobachtung nicht auf.

Zudem gibt es in der Linkspartei EU-skeptische Tendenzen. So wurden bei den Europawahlen 2009 Kandidaten nicht in den Listenvorschlag aufgenommen, weil sie den Vertrag von Lissabon befürworteten. Der langjährige Parteivorsitzende Lafontaine engagierte sich gegen den Europäischen Verfassungsvertrag und empfahl 2013 bei mehreren Anlässen die Rückkehr einzelner Länder zu nationalen Währungen. Aktuelle Diskussionen zum Europa-Wahlprogramm, das auf einem Parteitag Mitte Februar beschlossen werden soll, befürworten einerseits den europäischen Integrationsprozess, zeichnen jedoch gleichzeitig ein düsteres Bild des derzeitigen Integrationsstandes.

In **Finnland** mobilisierte die Partei *Wahre Finnen* bei der Parlamentswahl im April 2011 gegen das Rettungspaket für Portugal und konnte über 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die Partei, die sich mittlerweile in *Die Finnen* umbenannt hat, trat im Wahlkampf dafür ein, einzelne Tranchen aus Hilfspaketen zu blockieren und Rettungsabkommen nachzuverhandeln. Da das finnische Parlament ebenso umfangreiche Mitspracherechte hat wie der Deutsche Bundestag, bleibt diese Forderung bei entsprechendem Wahlerfolg keine leere Drohung. Neben der Eurorettungspolitik beanstanden die *Finnen* in erster Linie die Subventionen und Umverteilung innerhalb des EU-Haushalts. Sie sind dem Milieu der gemäßigten rechten EU-Skeptiker zuzuschreiben.

In **Frankreich** finden EU-skeptische Kräfte aus dem rechten und linken Parteienspektrum seit der Abstimmung über den europäischen Verfassungsvertrag im Mai 2005 verstärktes Gehör. Bei der *Front National* nimmt EU-Skepsis neben der bekanntermaßen fremdenfeindlichen Ausrichtung eine immer stärkere Rolle ein. Die Parteivorsitzende Marine Le Pen erreichte bei den letzten Präsidentschaftswahlen im April 2012 knapp 20 Prozent der Stimmen. Im europäischen Kontext besetzt die *Front National* auch Wirtschafts- und Sozialthemen, die angesichts der niedrigen Wachstumsraten der Jahre 2012 und 2013 zuletzt hohe Beachtung fanden. Zudem kritisiert Le Pen Globalisierungstendenzen und wirbt – je nach Opportunität des Anlasses und der Nachrichtenlage, jedoch nicht systematisch – für einen Austritt Frankreichs aus dem Euroraum. Die Partei verfügt über eine stabile Wählerbasis und ist trotz ihrer bisweilen radikalen Positionierung dem gemäßigten rechten Spektrum zuzurechnen.

Im linken Spektrum fordert der frühere Sozialist Jean-Luc Mélenchon mit seiner neu gegründeten *Linkspartei (Partie de Gauche)* in frankreichspezifischer Revolutionsrhetorik das Establishment heraus. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 trat er als Kandidat an und erreichte im ersten Wahlgang rund elf Prozent der Stimmen. Im Wahlkampf positionierte er sich gegen vermeintliche Profiteure der Globalisierung, den angeblichen Neoliberalismus in der EU, die Finanzwirtschaft und die Besserverdienenden. Die Linkspartei wird im Rahmen eines parteienübergreifenden französischen Linksbündnisses (*Linksfrente, Front de Gauche*) bei den Europawahlen antreten, wie bereits bei den Europawahlen 2009. Hier wird auch die kommunistische Partei Frankreichs vertreten sein, die dem harten,



EU-Skeptiker im Aufwind?

linken Parteienschema zuzuordnen ist. Nennenswerte Erfolge dürfte sie aber nicht verbuchen.

In **Griechenland** wurde die linksgerichtete Partei *Syriza* bei der Parlamentswahl am 17. Juni 2012 mit 26,9 Prozent zweitstärkste Kraft. Der junge charismatische Anführer Alexis Tsipras sieht sich als Sprecher des leidgeprüften „Volkes“ und sieht in der EU seinen Hauptfeind, der dem Volk Rettungspakete auferlege. Mit seinen Reden erweckt er regelmäßig den Eindruck, der gigantische Schuldenberg Griechenlands wäre praktisch ohne Beteiligung von Bevölkerung und Regierung entstanden. Die Verantwortung sieht er beim „internationalen Kapital“. Tsipras will mit einer höheren Besteuerung der reichen Reeder, der Verstaatlichung der Banken und höheren Renten den Weg aus der Krise weisen. Ihren Verbalradikalismus zeigt *Syriza* etwa in Wendungen von der „Besetzung“ Griechenlands durch die EU und Deutschland und in der Bezeichnung der regierenden Politiker als „Gaurer“. ⁴ Auch wenn Tsipras zuletzt seine Rhetorik entschärft hat, ist *Syriza* dem harten linken Lager zuzuschreiben. In jedem Falle zeigt diese Kehrtwende, dass die rhetorischen Äußerungen der EU-Skeptiker mit Vorsicht zu genießen sind. Das Gegenstück zu *Syriza* auf rechter Seite ist die *Gol-dene Morgenröte*, die dem harten rechten Milieu zuzuschreiben ist.

Auch in **Italien** profilierten sich bei den Wahlen im letzten Jahr zahlreiche Parteien mit einer kritischen Einstellung zur EU. Traditionell EU-skeptisch ausgerichtet ist die *Lega Nord*. Einige Vertreter der Partei gingen sogar so weit, im Zuge der Eurokrise die Rückkehr zur eigenen Währung zu fordern. Sie ist dem gemäßigten rechten Milieu zuzuordnen. Ein Sonderfall ist die *Partei Volk der Freiheit* (*Popolo della Libertà*), die lange Mitglied des proeuropäischen Mitte-Rechts-Verbundes *Europäische Volkspartei* (EVP) war. Die Äußerungen des langjährigen Parteivorsitzenden Silvio Berlusconi trugen im Zuge der Korruptionsvorwürfe, der Enthüllungen über sein Privatleben und seiner erzwungenen Abdankung als Regierungschef im November 2011 zunehmend EU-skeptische Züge. Mit dieser Neupositionierung gegen die EU, Sparauflagen und Deutschlands Rolle im europäischen Krisenmanagement trat er auch zu der Wahl im Februar 2013 an und konnte sich erfolgreich profilieren. Derzeit ist eine Abspaltung des EU-skeptischen Flügels der Partei Volk der Freiheit zu beobachten, die als neue Parteigründung mit altem Namen *Forza Italia* eindeutig dem gemäßigten rechten EU-skeptischen Spektrum zuzurechnen ist.

Im gemäßigten linken Milieu ist die *Bewegung der Fünf Sterne* (*Movimento Cinque Stelle*) unter Beppe Grillo zu verorten. Jahrzehntlang zählte Grillo zu den bissigsten und beliebtesten Komikern Italiens. Seine im Oktober 2009 gegründete Bewegung der fünf Sterne ist innerhalb von wenigen Jahren zu einer kontinuierlich einflussreicheren politischen Kraft herangewachsen: Auf Sizilien wurde die Bewegung nach den Regionalwahlen zur zweitstärksten Stimme, in Parma stellt sie den Bürgermeister. Bei der italienischen Parlamentswahl im Januar 2013 schließlich erreichte Grillo an die 25 Prozent und wurde als einzelne Partei stärkste Kraft in Italien. Ein klares Programm fehlt den politisch links angesiedelten *Grillini*. Die Liste der Feindbilder umfasst neben der Globalisierung im Allgemeinen auch Gewerkschaften, das politische Establishment, Justiz und Medien und die EU.

In den **Niederlanden** gibt es sowohl eine linke als auch eine rechte EU-skeptische Kraft. Die linkspopulistische *Sozialistische Partei* argumentiert, dass der niederländische Staat seine Souveränität gegen Eingriffe der Europäischen Union schützen müsse. ⁵ In der Konsequenz lehnt sie jegliche wirtschaftliche und soziale Vertiefung der ihrer Meinung nach neoliberalen Union ab. Sie stimmt auch regelmäßig gegen Entscheidungen der Rettungsschirme. Sie ist dem gemäßigten linken Spektrum zuzuschreiben. Dem gemäßigten rechten

⁴ Vgl. Panagiotidis 2012.

⁵ Vgl. Voermann, 2011: 186.



Spektrum zuzuschreiben ist die *Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid)* von Geert Wilders, die mittlerweile die drittstärkste politische Kraft in den Niederlanden ist (10,1 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2012). Inhaltlich positionierte sie sich im Inland vor allem mit starker Kritik an der Einwanderungspolitik der Regierung und wusste diesen Widerstand medienwirksam zu inszenieren (z.B. über eine „Meldestelle“ für Ausländerkriminalität). Im Hinblick auf die Eurorettungspolitik äußerte der Parteivorsitzende Geert Wilders das Ziel, Hilfskredite auszusetzen und mittelfristig zum Gulden als nationaler Währung zurückzukehren.

In **Österreich** gibt es ein breites Spektrum EU-skeptischer Parteien. Drei von ihnen sind dem gemäßigten rechten Spektrum zuzuschreiben. Die *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)* gilt als rechtspopulistische und harte EU-skeptische Partei, die sich gerne als Vertreterin des kleinen Mannes sieht. Sie ist im Nationalrat und in den Landtagen aller neun Bundesländer vertreten und konnte ihren Stimmenanteil bei den Nationalratswahlen im Oktober 2013 auf über 20 Prozent erhöhen. Bei den Europawahlen 2009 zog sie mit über 13 Prozent ins EP ein. Besonders stark mobilisierte die FPÖ gegen die Teilnahme Österreichs an der Währungsunion. In den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre punktete die Partei mit ihrer Position gegen eine „Islamisierung“ Österreichs. Eine Abgrenzung zwischen Kernwählern und Protestwählern fällt schwer.

Das *Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)* steht in engem Zusammenhang mit der Person Jörg Haider. Gegründet wurde die Partei im Jahr 2005 von FPÖ-Mitgliedern um Jörg Haider, nachdem es in der FPÖ zu Zerwürfnissen gekommen war. 2009 gelang der Einzug ins EP mit über 5 Prozent der Stimmen; 2013 hingegen scheiterte die Partei bei der Nationalratswahl an der 4-Prozent-Hürde. Eine wesentliche Unterscheidung zur FPÖ ist der wirtschaftsliberale Kurs, der sich klar zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt.

Eine Neugründung ist das *Team Stronach*, eine Partei des Austrokanadiers Frank Stronach, der dessen zentrale Forderung die Abschaffung des Euro ist. Er fordert zudem eine „Flat Tax“, eine Besteuerung in der Höhe von 20 Prozent. Stronach konnte sich zuletzt mit unterschiedlichen Alternativkonzepten zum Euro profilieren. Er schlägt unter anderem vor, dass Krisenländer zu ihren eigenen Währungen zurückkehren und den Euro als sog. „Währungsklammer“ nutzen. Im Oktober kündigte Stronach jedoch seinen Rückzug aus der Politik an, nachdem seine Partei bei den Nationalratswahlen mit 5,7 Prozent abschnitt. Ein Antritt zur Europawahl ist unsicher. Er wird vor allem davon abhängig gemacht, ob ein überzeugender Kandidat gefunden wird – dies ist bislang nicht der Fall.⁶

Ein Sonderfall ist die Liste des Europaparlamentarierers Hans-Peter Martin, die ausschließlich zu den Europawahlen kandidiert und dort 2009 mit über 18 Prozent ins EP einzog. Martin bezieht gemäßigte EU-skeptische Positionen, jedoch keine rechtspopulistische Positionen mit Themen wie der Einwanderungspolitik. Vielmehr etablierte sich der ehemalige SPÖ-Politiker mit einer enormen medialen Präsenz als Aufdecker und Kritiker misswirtschaftlicher Verhältnisse.

Im **Vereinigten Königreich** wurde die *United Kingdom Independence Party (UKIP)* bei der letzten Europawahl mit knapp 17 Prozent noch vor der *Labour Party* zweitstärkste Partei. Bei den Regionalwahlen im Mai 2013 steigerte sich die UKIP erheblich und erreichte knapp 150 der zur Wahl stehenden Gemeinderatssitze. Die UKIP verdeutlicht exemplarisch, welche Herausforderungen sich bei einer Einordnung zwischen harten und gemäßigten Parteien stellen können. Die UKIP ist dem gemäßigten rechten Spektrum zuzuordnen. Dies mag angesichts ihrer Forderung nach einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der

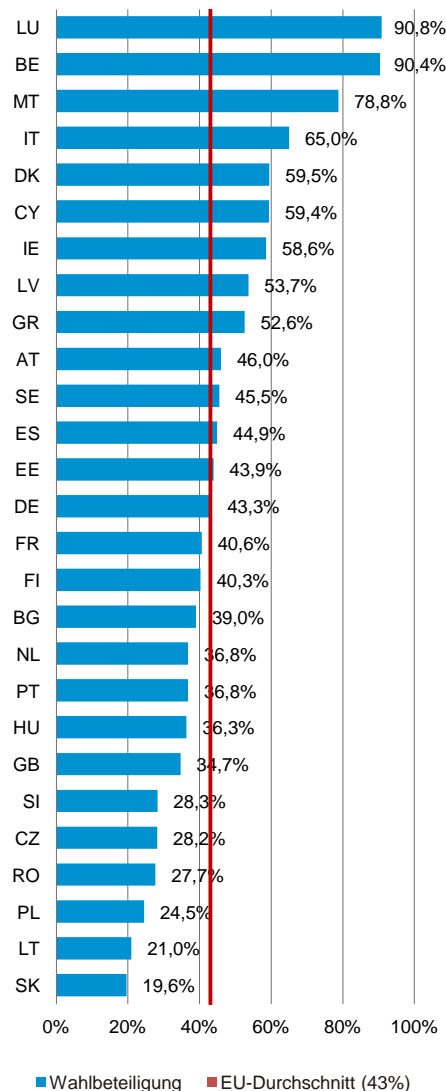
⁶ Trotz dieser Unsicherheit schließen wir das Team Stronach in unsere Projektion mit ein, um das Wählerpotenzial zu erfassen. Falls die Partei nicht antreten sollte, liegt es nahe, dass sich das Wählerpotenzial auf die anderen EU-skeptischen Kräfte verteilt.



EU-Skeptiker im Aufwind?

Wahlbeteiligung bei der EP-Wahl 2009¹

14



¹ LU und BE: Wahlpflicht

Quelle: Europäisches Parlament

EU durchaus verwundern. Die Einordnung ist jedoch sinnvoll, da sie – mit Ausnahme des Austrittsziels – einen breiten Zielkatalog aufweist, der sich ins gemäßigte rechte Spektrum einordnen lässt. Nicht zuletzt scheint die Forderung nach einem EU-Austritt zum politischen Mainstream in Großbritannien zu gehören. Laut einer Umfrage aus 2012 würden bis zu 56 Prozent der Befragten einen EU-Austritt befürworten. Unter den Konservativen beträgt die Summe der Austrittsbefürworter 68 Prozent.⁷

Dies findet seinen Widerhall in der Positionierung der regierenden *Conservative Party*, die zuletzt selbst EU-skeptische Töne anschlug. So kündigte Premierminister Cameron eine Neuverhandlung der Bedingungen der britischen Mitgliedschaft an. Nach den Unterhauswahlen im Jahr 2015, spätestens jedoch Ende 2017 soll eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU angestrebt werden – Cameron strebt hier zwar an, die Mitgliedschaft zu bestätigen, gleichzeitig zeigt die Ankündigung der Volksabstimmung doch, wie kontrovers die EU-Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich mittlerweile diskutiert wird.

Österreich und das Vereinigte Königreich zeigen exemplarisch, dass die unterschiedliche Sitzverteilung im EP die nationalen Stimmerfolge von Parteien auf europäischer Ebene durchaus relativieren kann. Denn während Österreich nur 18 Sitze im EP stellt, kommen auf das Vereinigte Königreich 73 Sitze – und damit mehr als das Vierfache. Eben dies wird auch für die Projektion der Umfrageergebnisse im Hinblick auf das Wahlergebnis relevant.

Die weite Verbreitung EU-skeptischer Parteien in EU und Eurozone wirft die Frage auf, warum es in den drei Krisenländern Irland, Portugal und Spanien keine nennenswerten EU-skeptischen Kräfte gibt. Alle drei Länder sind seit geraumer Zeit EU-Mitglieder – Irland seit 1973; Portugal und Spanien seit 1986. Die meiste Zeit waren diese Länder Netto-Empfänger von EU-Fördermitteln, sei es aus Agrartöpfen oder aus den Struktur- und Kohäsionsfonds. Dies legt nahe, dass die EU-Mitgliedschaft zunächst als etwas Positives wahrgenommen wird. Da diese Argumente jedoch auch für Griechenland gelten, wo EU-skeptische Kräfte zuletzt enormen Zuspruch erhalten haben, empfiehlt sich ein genauere Blick auf länderspezifische Gründe, die die Abwesenheit EU-skeptischer Kräfte erklären.

In **Spanien** sind es in erster Linie die Regionalparteien der Regionen, die sich mit EU-skeptischen Positionen auf regionaler Ebene profilieren. Unabhängig davon werden in Spanien die Ursachen der nationalen Krise in erster Linie in der Fehlentwicklung der nationalen Immobilien- und Finanzindustrie gesehen. Nicht zuletzt muss Spanien unter dem laufenden Rettungsprogramm für Banken keine besonderen wirtschafts- und fiskalpolitischen Reformauflagen erfüllen. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Europawahlen lag in Spanien mit 44,9 Prozent leicht über dem EU-Durchschnitt von 43 Prozent.

In **Portugal** verhält es sich ähnlich: Die Ursachen der nationalen Schieflage werden in erster Linie national verortet – eine Schuldzuweisung an die europäische Politik findet in der breiten Debatte nicht statt. EU-skeptische Positionen nimmt allenfalls die Opposition am extremen linken Rand ein (Kommunistische Partei, Linksblock), deren Umfragewerte im Hinblick auf die Europawahl aber vernachlässigt werden können. Das geringe Interesse an europäischen Themen spiegelt sich bei der Wahlbeteiligung bei den letzten Europawahlen wider (36,8 Prozent).

Irland ist ein Sonderfall. Das Land, das seit jeher politischen großen Wert auf Subsidiarität und nationale Identität legt, weist – wenn man die Wahlbeteiligung bei

⁷ So eine Umfrage des *Observers* vom 17. November 2012. 34 Prozent der Befragten äußerten, dass sie bei einem Referendum „definitiv“ für einen Austritt abstimmen würden, 22 Prozent äußerten diese Präferenz als „wahrscheinlich“.



EU-Skeptiker im Aufwind?

Unterschiedliches Wahlrecht

15

Das Europawahlrecht unterscheidet sich zwischen den EU-Mitgliedstaaten beträchtlich.

So sind etwa die Altersgrenzen für das aktive Wahlrecht unterschiedlich. In Österreich kann man bereits im Alter von 16 Jahren an der Europawahl teilnehmen, in den meisten anderen Ländern geht das erst ab 18 Jahren. Auch das Alter des passiven Wahlrechts variiert zwischen 18 (Deutschland) und 25 (Griechenland, Italien, Zypern).

Weiterhin unterscheiden sich die Wahltage – gewählt wird in einem Zeitraum vom 22. bis 25. Mai.

Nicht zuletzt sind die parlamentarischen Eintrittshürden unterschiedlich. In den meisten Ländern gibt es keine Hürde, während Länder wie Frankreich und die meisten osteuropäischen Länder ein Quorum aufweisen. In Deutschland und Griechenland sind es 3 Prozent, in Italien, Österreich und Schweden 4 Prozent und in zahlreichen anderen Ländern 5 Prozent.

Weiterhin unterscheiden sich die Auszählungs- und Sitzzuteilungsverfahren. Während einige Länder das Sainte-Laguë-Verfahren nutzen, verwenden andere Länder das D'Hontsche Auszählungsverfahren. Wieder andere Staaten verwenden Mischformen.

Wahlrecht und Methodik der Projektion

16

Die unterschiedlichen Wahlsysteme in den EU-Mitgliedstaaten sind für eine Simulation von Wahlergebnissen, die auf Umfragen basieren, eine Herausforderung, zumal man im Hinblick auf die Stimmabgabe bei anderen Parteien weitere Annahmen treffen muss.

Die Tabelle auf S. 14 vereinfacht daher und wendet die Werte nationaler Sonntagsfragen unter Berücksichtigung nationaler Eintrittsklauseln auf den Sitzverteilungsschlüssel des jeweiligen EU-Mitgliedstaates an. Hierbei werden drei verschiedene Szenarien gerechnet.

Die Sitzanzahl im EP wurde dann summenneutral gerundet.

der letzten Europawahl von 58,6 Prozent als Maßstab nimmt – ein höheres Interesse an europapolitischen Themen auf. Die Ursachen der Krise – die Schiefelage des nationalen Finanzsystems, die dann im Rahmen umfangreicher Bankbürgschaften zur Haushaltskrise wurde – werden national verortet und nicht grundsätzlich mit der EU-Mitgliedschaft in Verbindung gebracht. Daran ändert auch die seit Krisenbeginn gestiegene Arbeitslosigkeit nichts. Die Konditionalität der Hilfsprogramme beschränkt sich zudem vor allem auf den Finanzsektor und die öffentlichen Finanzen. Nicht zuletzt dürfte das Ende des Hilfsprogramms für Irland für eine zusätzlich positive Stimmung sorgen.

Projektion

Das breite Spektrum EU-skeptischer Kräfte könnte im Hinblick auf die Europawahlen vom 22. bis 25. Mai relevant werden. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, welche Erfolgsaussichten EU-skeptische Parteien bei den Europawahlen haben könnten und was die wirtschaftspolitischen Implikationen sind. Erste Einschätzungen können hierzu mit Hilfe einer Projektion nationaler Umfragewerte in verschiedenen Szenarien abgeleitet werden.

Die Tabelle auf Seite 14 zeigt insgesamt über 28 EU-skeptische Parteien aus 16 europäischen Ländern, die zur Wahl antreten werden. Aus den Umfragewerten nationaler Meinungsforschungsinstitute lassen sich Schlüsse auf den möglichen Sitzanteil im künftigen Europaparlament ziehen. Allerdings müssen einige methodische Einschränkungen getroffen werden.

- **Umfragen:** Die meisten Umfragen basieren auf klassischen „Sonntagsfragen“, die in der Regel mit Bezug auf die nationale Regierung gestellt werden und – auf Grund der frühen Betrachtung – noch keinen Bezug zur Europawahl aufweisen.
- **Wahlrecht:** Das nationale Wahlrecht unterscheidet sich zwischen den Mitgliedstaaten. Um diese Unterschiede in der Schätzung adäquat abzubilden, müssten jedoch nach Ermessen weitere Annahmen getroffen werden – etwa zur Wahlbeteiligung, der Anzahl der antretenden Parteien und in manchen Ländern auch zur regionalen Stimmverteilung. Dies würde die Betrachtung unnötig verkomplizieren, ohne dass sich die Stimmverteilung nennenswert ändern würde.
- **Mobilisierungsgrad:** Möglicherweise ist die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen niedriger und / oder der Mobilisierungsgrad der EU-Skeptiker auf Grund des Wahlbezugs höher.

Insbesondere der letzte Aspekt verdient besondere Beachtung. Vergangene Wahlergebnisse der Europawahl zeigen nämlich, dass nationale Wahlergebnisse und Ergebnisse der Europawahlen stark auseinandergehen. Dies ist nicht allein mit der zeitlichen Differenz zwischen den Wahlen und damit unterschiedlichen Wählerpräferenzen zu erklären. Vielmehr könnten die großen Unterschiede auch daraus resultieren, dass die Wählermobilisierung bei den Europawahlen geringer ist als bei den nationalen Wahlen und Protestparteien dadurch in der Tendenz größere Erfolgchancen haben.⁸ Dies zeigt ein Blick auf die Wahlbeteiligung, die – mit Ausnahme Belgiens, wo eine Wahlpflicht vorherrscht⁹ – in allen Ländern weit unter der Wahlbeteiligung bei den nationalen Parlamentswahlen liegt. Insbesondere in Ländern mit starker EU-skeptischer Ausprägung könnten Kampagnen im Vorfeld der Europawahl besonders fruchten. In diesem

⁸ Ein gutes Beispiel für diese Beobachtung sind die jüngsten Wahlumfragen des Umfrageinstituts Emnid vom 26. Januar: Während die AfD bei einer Umfrage für die Bundestagswahl auf 4 Prozent kommt, erhält sie in einer Umfrage vom gleichen Tag für die Europawahl 7 Prozent.

⁹ Auch in Luxemburg herrscht eine Wahlpflicht vor – allerdings gibt es dort keine EU-skeptischen Kräfte.



EU-Skeptiker im Aufwind?

Zusammenhang verweisen Politikwissenschaftler oft auf das Argument, dass die Europawahlen von Wählern als „nachrangige Wahl“ (*second order election*¹⁰) betrachtet werden. Die Wähler würden daher dazu tendieren, über ihr Wahlverhalten den nationalen Machthabern einen Denkkzettel zu erteilen. Dieses Protestwählerverhalten schlägt sich wegen niedriger Wahlbeteiligung dann in stärkeren Stimmenanteilen extremer Kräfte nieder. Gleichwohl ist es fraglich, ob die Mobilisierung überproportional erfolgt. Jede Prognose, die auf aktuellen Umfragewerten beruht, muss diesen Unterschieden Rechnung tragen.

Vergleiche mit zurückliegenden Wahlen, die bewerten, ob es einen systematischen Zusammenhang zwischen einer grundsätzlich EU-skeptischeren Bevölkerung und einer höheren Wahlbeteiligung gegeben hat, empfehlen sich nicht, denn die Eurokrise dürfte die Wahrnehmung der Europäischen Integration seit der letzten Europawahl im Jahr 2009 fundamental verändert haben.

Die Übersichtstabelle auf Seite 14 bildet die aktuellen Umfragewerte der EU-skeptischen Kräfte in ihren jeweiligen Ländern ab.¹¹ Den oben skizzierten Einschränkungen soll in der Projektion mittels drei Szenarien Rechnung getragen werden, die als Momentaufnahme zu verstehen sind. Die unterschiedlichen Annahmen führen jeweils zu verschiedenen Sitzverteilungen und Konstellationen.

- **Szenario 1** nimmt an, dass die EU-skeptischen Parteien bei den Europawahlen jenen Stimmanteil erzielen, der ihnen in aktuellen Umfragen für Wahlen im nationalen Umfeld zugeschrieben wird. Die angenommene Mobilisierung der EU-Skeptiker entspricht im Basisszenario der Mobilisierung der Wähler anderer Parteien. Das Szenario ergibt für die beobachteten EU-skeptischen Kräfte aus allen Milieus einen Stimmanteil von insgesamt 17 Prozent. Dies entspricht bei einer Gesamtsitzzahl von insgesamt 751 Sitzen einer Anzahl von 128 Sitzen.
- **Szenario 2** nimmt an, dass EU-Kritiker mehr Wähler mobilisieren können als etablierte Parteien. Den Mobilisierungsgrad der EU-Skeptiker setzt Szenario 2 als Mittelwert zwischen der Wahlbeteiligung der letzten nationalen Parlamentswahl und der Wahlbeteiligung der letzten Europawahl an. In diesem mittleren Szenario können die EU-skeptischen Parteien insgesamt 21,7 Prozent der Stimmen und damit 163 Sitze auf sich vereinigen.
- **Szenario 3 ist ein Extremszenario.** Dieses Szenario nimmt an, dass jene Personen, die bei nationalen Umfragen angeben, EU-skeptische Parteien zu wählen, ihr Wahlverhalten bei der Europawahl nicht ändern, und die gleiche Wahlbeteiligung aufzeigen wie bei der letzten nationalen Parlamentswahl. Für alle anderen etablierten Parteien wird hingegen angenommen, dass sie ihre Wähler nur mit der niedrigen Wahlbeteiligung der letzten Europawahl mobilisieren können. In diesem Extremszenario können die EU-skeptischen Kräfte insgesamt 27 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und 203 der 751 Sitze im Europäischen Parlament besetzen.

Die Stimm- und Sitzverteilungen der drei Szenarien lassen sich auch den jeweiligen Parteienmilieus zuordnen. Diese Überlegungen werden vor allem im Hinblick auf mögliche Fraktionsbildungen relevant. Die Auswirkungen dieser unterschiedlichen Szenarien betrachtet der nächste Abschnitt.

¹⁰ Vgl. grundlegend hierzu Reif, K. und H. Schmitt (1980).

¹¹ Es wurde jeweils der jüngste Umfragewert beobachtet, nicht jedoch der Durchschnitt einer bestimmten Zeitspanne – etwa die letzten drei oder sechs Monate – zu wählen. Da die Umfragen jedoch unabhängig voneinander und in unterschiedlicher Periodizität durchgeführt wurden, würde die Wahl eines Durchschnitts zu ungewollten Verzerrungen führen.



EU-Skeptiker im Aufwind?

EU-skeptische Parteien¹: Drei Szenarien zu möglichen Wahlergebnissen (Stand: 28. Januar 2014)

Land	Partei (auf deutsch)	Partei (in Landessprache)	Erg. Europawahl 2009	Wahlb. Europawahl 2009	Ergebnis letzte nationale Wahl	Wahlb. letzte Part.-Wahl	Neuester Umfragewert*	Datum der Umfrage	Sperrklausel	Sitze des Landes im EP	Stimmenanteil Szenario 1	Stimmenanteil Szenario 2	Stimmenanteil Szenario 3	Sitze Szenario 1	Sitze Szenario 2	Sitze Szenario 3
Gemäßigte EU-Skeptiker von rechts																
AT	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	12,7%	46,0%	20,5%	74,9%	26,0%	19.01.2014	4%	18	5	34,2%	6	42,4%	6	8
AT	Bündnis Zukunft Österreich	Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	4,6%	46,0%	3,5%	74,9%	2,0%	19.01.2014	4%	18	0	2,6%	0	3,3%	0	0
AT	Team Stronach	Team Stronach	x	46,0%	5,7%	74,9%	2,0%	19.01.2014	4%	18	0	2,6%	0	3,3%	0	0
BE	Flemische Interessen	Vlaams Belang (VB)	9,9%	90,4%	7,8%	89,2%	7,2%	06.10.2013	-	21	1	7,2%	2	7,1%	2	1
CZ	Partei freier Bürger	Strana svobodných občanů (SSO)	1,3%	28,2%	2,6%	59,5%	2,5%	26.10.2013	5%	21	0	3,8%	0	5,2%	0	1
DE	Alternative für Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)	x	43,3%	4,7%	71,5%	4,0%	26.01.2014	3%	96	4	5,3%	5	6,6%	5	7
DK	Dänische Volkspartei	Dansk Folkeparti	14,8%	59,5%	12,3%	87,2%	16,2%	13.01.2014	-	13	2	20,0%	2	23,8%	2	3
FI	Die (Wahren) Finnen	Perussuomalaiset	x	40,3%	19,1%	70,5%	17,4%	23.12.2013	-	13	2	23,9%	3	30,4%	3	4
FR	Nationale Front ²	Front National (FN) ³	6,3%	40,6%	13,6%	57,2%	23,0%	17.01.2014	5%	74	17	27,7%	21	32,4%	21	24
GB	United Kingdom Independence Party	United Kingdom Independence Party	16,1%	34,7%	3,1%	65,1%	12,0%	23.01.2014	-	73	9	17,3%	13	22,5%	13	16
IT	Vorwärts Italien	Forza Italia	x	65,1%	x	75,2%	22,3%	07.01.2014	4%	73	16	24,0%	17	25,8%	17	19
IT	Liga Nord	Lega Nord	10,2%	65,1%	4,1%	75,2%	3,5%	07.01.2014	4%	73	0	3,8%	0	4,0%	0	3
NL	Partei für die Freiheit	Partij voor de Vrijheid (PVV)	17,0%	36,8%	10,1%	74,6%	16,4%	23.01.2014	-	26	5	24,8%	7	33,3%	7	8
PL	Recht und Gerechtigkeit	Prawo i Sprawiedliwość	27,4%	24,5%	29,9%	48,9%	29,0%	16.12.2013	5%	51	15	43,4%	22	57,8%	22	30
SE	Schwedendemokraten	Sverigedemokraterna	3,3%	45,5%	5,7%	84,6%	9,2%	Dez. 2013	4%	20	100,0%	13,2%	2	17,1%	2	3
	Mögliche Sitzanzahl									77	100	100	100	100	100	127
	Möglicher Sitzanteil									10,3%	13%	13%	13%	13%	13%	17%
Harde EU-Skeptiker von rechts																
GR	Goldene Morgenröte	Chryssi Avgi	0,5%	52,6%	6,9%	62,5%	10,0%	13.01.2014	3%	21	2	10,9%	2	11,9%	2	2
GB	Britische Nationalpartei	British National Party (BNP)	6,0%	34,7%	1,9%	65,1%	1,0%	23.01.2014	-	73	1	1,4%	1	1,9%	1	0
HU	Bewegung für ein besseres Ungarn	Jobbik Magyarországi Mozgalom	14,8%	36,3%	16,7%	64,4%	7,0%	08.11.2013	5%	21	1	9,7%	2	12,4%	2	3
RO	Großrumänienpartei ²	Partidul România Mare ³	8,7%	27,7%	1,5%	47,1%	3,0%	22.12.2013	5%	32	0	4,1%	0	5,1%	0	2
SK	Slowakische Nationalpartei	Slovenská národná strana	5,6%	19,6%	4,6%	59,1%	5,2%	31.10.2013	5%	13	1	10,4%	2	15,7%	2	2
	Mögliche Sitzanzahl									5	7	7	7	7	7	9
	Möglicher Sitzanteil									0,7%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Gemäßigte EU-Skeptiker von links																
AT	Liste Hans-Peter Martin ³	Liste Hans-Peter Martin ³	17,7%	46,0%	sonst. 0,1%	74,9%	3,0%	16.01.2014	4%	18	0	3,9%	1	4,9%	1	1
DE	Die Linke	Die Linke	7,5%	43,3%	8,6%	71,5%	9,0%	26.01.2014	3%	96	9	11,9%	11	14,9%	11	14
FR	Linksfront	Front de Gauche	6,0%	40,6%	6,9%	57,2%	9,0%	17.01.2014	5%	74	6	10,8%	8	12,7%	8	10
IT	Bewegung der Fünf Sterne	Movimento 5 Stelle	x	65,1%	25,6%	75,2%	21,2%	07.01.2014	4%	73	16	22,9%	17	24,5%	17	17
NL	Sozialistische Partei	Socialistische Partij	7,1%	36,8%	9,7%	74,6%	10,8%	23.01.2014	-	26	2	13,6%	3	18,3%	3	5
PL	Deine Bewegung (ehem. Palikot-Bewegung)	Twój Ruch (ehem. Ruch Palikota)	x	24,5%	10,0%	48,9%	5,0%	16.12.2013	5%	51	3	7,5%	4	10,0%	4	5
	Mögliche Sitzanzahl									36	44	44	44	44	44	52
	Möglicher Sitzanteil									4,8%	6%	6%	6%	6%	6%	7%
Harde EU-Skeptiker von links																
CZ	Kommunist. Partei Böhmens und Mährens	Komunistická strana Čech a Moravy	14,2%	28,2%	14,9%	59,5%	15,0%	11.12.2013	5%	21	3	23,4%	5	31,7%	5	7
GR	Verenigte Soziale Front	Syriza	4,7%	52,6%	26,9%	62,5%	31,5%	13.01.2014	3%	21	7	34,5%	7	37,4%	7	8
	Mögliche Sitzanzahl									10	12	12	12	12	15	15
	Möglicher Sitzanteil									1,3%	2%	2%	2%	2%	2%	2%
	Mögliche Sitzanzahl EU-Skeptiker im EP									128	163	163	163	163	163	203
	Möglicher Sitzanteil EU-Skeptiker im EP									17,0%	21,7%	21,7%	21,7%	21,7%	21,7%	27,0%

1 Neu: Ungarische Morgenröte und Tschechische "Morgendämmerung" (noch keine Zahlen verfügbar)

2 Umfrageninstitute: BE: La Libre Belgique; FR: Ifop; AT: Markt Institute; Gallup; DE: Emnid; NL: Ipsos; IT: PIEPOLI; PL: TNS Polska; GB: Survator; FI: yle; SE: Sifo; DK: Voxmeter; CZ: Sanep und Wahlergebnis (SSO); HU: Társi; GR: Public Issue, SK:Median SK; RO: CSC

3 AT: (Liste Hans-Peter Martin); FR und RO: Umfragen in Bezug auf Europawahl in Ermangelung von Umfrageergebnissen nationaler Wahlen

Tabelle: Jennifer Köhler und Lilian Sachleben



EU-Skeptiker im Aufwind?

Eine EU-skeptische Internationale?

17

In diesen Wochen versuchen europäische Rechtspopulisten unter der Führung von Marine Le Pen, Geert Wilders und Heinz-Christian Strache, eine Allianz für die Europawahl zu schmieden. Ziel ist es, eine neue EU-skeptische Fraktion im EP zu bilden.

Um eine Fraktion zu bilden, werden mindestens 25 Sitze und Mitglieder aus sieben Ländern benötigt. Das aktuelle Umfragehoch der *Front National*, der *Partei für die Freiheit* und der *FPÖ* deutet darauf hin, dass sie das Quorum für eine Fraktion erfüllen könnten. Auch unsere Projektion zeigt in allen drei Szenarien, dass die Mindestanzahl von 25 Sitzen unproblematisch wäre (Szenario 1: 27 Sitze, Szenario 2: 34 Sitze, Szenario 3: 40 Sitze). Eine besondere Herausforderung wird es jedoch sein, die erforderliche Mindestanzahl von sieben Ländern zu vereinen. Parteien wie der belgische *Vlaams Belang* und die *Schweden-demokraten* könnten dem Bündnis ebenso beitreten wie die italienische *Lega Nord*. Letzteres würde wiederum die gemäßigte rechte Fraktion EFD schwächen.

Für gemäßigtere Gruppierungen, wie die britische UKIP, die *Dänische Volkspartei*, *Die Finnen* oder auch die deutsche *AfD*, dürfte eine Mitgliedschaft im Bündnis indes die nationale Akzeptanz gefährden. UKIP hat einen Beitritt schon explizit ausgeschlossen – die Abgeordneten sind ohnehin schon Mitglieder der *Parlamentariergruppe Europa der Freiheit und der Demokratie*. Gemäßigte Gruppierungen haben sich zuletzt vom Bündnis distanzieren. Gleichzeitig wird es nicht im Interesse der Allianz sein, eindeutig extremistische, aggressiv-kämpferische Kräfte wie ungarische *Jobbik* oder die *Griechische Morgenröte* einzubinden.

Das Ziel, eine EU-skeptische Internationale aufzubauen, liegt noch in weiter Ferne.

Drei Szenarien im Überblick

18

Sitze im Plenum des EP (Sitzanteil)

Szenario	1	2	3
Gemäßigte EU-Skeptiker von rechts	77(10,3%)	100(13%)	127(17%)
Harte EU-Skeptiker von rechts	5(0,7%)	7(1%)	9(1%)
Gemäßigte EU-Skeptiker von links	36(4,8%)	44(6%)	52(7%)
Harte EU-Skeptiker von links	10(1,3%)	12(2%)	15(2%)
Anteil gesamt	17,0%	21,7%	27,0%
Sitze gesamt	128	163	203

Quelle: Deutsche Bank Research

Implikationen

Die Projektion deutet darauf hin, dass das nächste EP voraussichtlich einen höheren Anteil EU-skeptischer Parteien enthalten wird als in letzten Legislaturperioden. Fraglich ist, was diese Entwicklung des Parteienspektrums nun für die Beschlussfähigkeit und den künftigen politischen Kurs des EP bedeuten wird.

Auch wenn ein Bedeutungsanstieg EU-skeptischer Kräfte bei den nächsten Europawahlen als sicher erscheint, werden die beiden großen Fraktionen S&D und EVP aller Voraussicht nach auch nach der Europawahl eine einfache Mehrheit stellen – wenn auch mit einem kleineren Vorsprung als den derzeitigen 85 Abgeordneten.¹² Sollte dies wider Erwarten nicht gelingen, könnte an die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit mit Grünen und Liberalen angeknüpft werden, die sich auch bei früheren Gesetzgebungsverfahren bewährt hat. Damit dürfte eine einfache Mehrheit gesichert sein. Nur in äußerst seltenen Fällen benötigt das EP für Entscheidungen eine Zwei-Drittel-Mehrheit – so etwa beim Misstrauensvotum gegen die Europäische Kommission oder bei der Ablehnung des EU-Haushaltsplans. Falls es zu derartigen Initiativen kommen sollte, dürfte die Unterstützung von EU-Skeptikern jedoch gegeben und damit die Handlungsfähigkeit des EP gesichert sein.

Unabhängig vom politischen Willen und der Fähigkeit der etablierten Parteien, zusammenzuarbeiten, ist es zudem fraglich, ob EU-Skeptiker trotz besserer Wahlergebnisse und mehr Parlamentssitzen tatsächlich an Einfluss gewinnen werden. Drei Argumente sprechen dagegen:

- **Mangelnde Zielkonsistenz:** Wie bereits ausgeführt, eint die meisten EU-Skeptiker der Wunsch nach nationaler Souveränität. Folglich vertreten sie in erster Linie nationale Interessen. Hinzu kommen inhaltlich vollkommen unterschiedliche Ausrichtungen. Sicherlich hat es in der Vergangenheit Initiativen gegeben, die von rechten und linken EU-Skeptikern unterstützt wurden – so etwa bei der Finanztransaktionssteuer, die von UKIP oder dem Vertreter des österreichischen BZÖ unterstützt wurden. Da die Rechtsakte des europäischen Sekundärrechts jedoch nicht selten für einen Kompromiss nationaler Interessen stehen, liegt eine dauerhafte Einigungsbereitschaft der EU-Skeptiker über alle Parteienmilieus im parlamentarischen Tagesgeschäft fern. Zudem ist es fraglich, ob Protestparteien überhaupt Interesse an Kompromisslösungen entwickeln oder – zur Legitimation im Heimatland – grundsätzlich vor Koalitionen zurückschrecken. Unabhängig davon erscheint es zweifelhaft, ob es gelingen wird, sich auf destruktive Paketlösungen im Tagesgeschäft zu einigen. Ein nicht unerheblicher Faktor dürfte zudem sein, dass 7 der 28 beobachteten Parteien bislang noch nie im EP vertreten waren. Um vollumfänglich handeln zu können, werden sie eine gewisse Eingewöhnungszeit im Ausschussalltag und europapolitischen Tagesgeschäft benötigen. Nicht zuletzt kann bezweifelt werden, dass Splittergruppen einzelner Abgeordneter in der Lage sein werden, sich im gleichen Maße professionell zu organisieren, wie dies den etablierten Fraktionen mit ihren umfangreichen Stäben gelingt.
- **Fraktionsbildung schwierig:** Der faktische Einfluss EU-skeptischer Abgeordnetengruppen wird davon abhängen, ob es gelingt, eine weitere Fraktion zu bilden. Die Bildung einer Fraktion vergrößert den politischen Einfluss im Parlament – etwa durch zusätzliche finanzielle Zuwendungen, Vertretung in den Fachausschüssen oder das Recht, Beschlussvorlagen einzubringen. Tabelle 18 zeigt noch einmal die Ergebnisse der Projektion im Hinblick auf die unterschiedlichen Parteienmilieus. Die Gruppe der gemäßigten rechten

¹² EVP und S&D stellen derzeit 468 von 766 Abgeordneten. Die Zahl der Abgeordneten wird in der nächsten Legislaturperiode auf 751 herabgesetzt.



EU-Skeptiker im Aufwind?

Inkonsistenz durch Berichterstatterwesen **19**

Ein typisches Beispiel für inkonsistente Positionen sind die Berichte im Rahmen des *Economic-Two-Pack*.

- Der Bericht der portugiesischen Sozialdemokratin Elisa Ferreira fordert von der Kommission, dass Sparmaßnahmen Investitionen in mehr Wachstum, Gesundheit und Bildung nicht beeinträchtigen. Der Ferreira-Bericht verlangt außerdem die Gründung eines Europäischen Schuldentilgungsfonds, der alle Staatsschulden jenseits der Schuldengrenze von 60% des BIP vergemeinschaftet. Gleichzeitig sollen über sog. Eurobills gemeinschaftliche kurzlaufende Anleihen ausgegeben werden.
- Der Bericht des frz. Christdemokraten Paul Gauzès wählt für Staaten, die von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind, einen anderen Ansatz: Stellt die Kommission fest, dass ein Land von Zahlungsunfähigkeit bedroht ist, kann sie die Zinsraten für Staatsanleihen einfrieren und gleichzeitig Gläubiger an einen runden Tisch für mögliche Restrukturierungsmaßnahmen einberufen. Gleichzeitig fordert Gauzès, dass Empfehlungen der Kommission für EU-Staaten mit ernsthaften finanziellen Problemen von den EU-Regierungen im Rat mit qualifizierter Mehrheit abgelehnt werden dürfen.

Die beiden Berichte, die im Rahmen des *Economic-Two-Pack* eng miteinander verbunden sind, sind in sich widersprüchlich.

EU-Skeptiker wird voraussichtlich die größte EU-skeptische Abgeordneten-fraktion im EP stellen – je nach Szenario mit 77 bis zu 127 Sitzen. Über die Wahrscheinlichkeit einer neuen EU-skeptischen Fraktion sagt dies jedoch nichts aus: Denn während es als sicher erscheint, dass sich die erforderliche Anzahl von 25 Abgeordneten für eine Fraktion zusammenfinden, ist es fraglich, ob dies auch im Hinblick auf die erforderliche Mindestanzahl von sieben Herkunftsländern der Fall ist (vgl. Kasten 17). Unabhängig davon ist offen, ob eine weitere EU-skeptische Fraktion das Agenda-Setting des EP nachhaltig beeinflussen könnte. Denn auch eine erfolgreiche Fraktionsgründung löst nicht das Problem der zuvor skizzierten Zielinkonsistenz aufgrund unterschiedlich gelagerter Interessen innerhalb der Fraktion. In der Vergangenheit ist eine EU-skeptische Fraktion daran schon zerbrochen: So zerfiel im Jahr 2007 die rechtspopulistische Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (u.a. Vlaams Belang, Front National und FPÖ) nach wenigen Monaten auf Grund massiver interner Streitigkeiten über die Zuwanderungspolitik gegenüber rumänischen Minderheiten. Hinzu kommt, dass EU-skeptische Fraktionen im politischen Tagesgeschäft von den etablierten Fraktionen weitestgehend unberücksichtigt bleiben dürften. Dies zeigt zumindest der geringe Einfluss der derzeitigen EU-skeptischen Fraktionen im EP (ECR und EFD), die sich in der zurückliegenden Legislaturperiode im Gesetzgebungsprozess nicht wirksam profilieren konnten – von einigen öffentlichkeitswirksamen Wortmeldungen abgesehen. Nicht zuletzt ist offen, ob die Aussicht auf eine mögliche Blockade nicht bei den etablierten Fraktionen das Interesse an einer stärkeren Zusammenarbeit weckt.

- **Berichterstatterwesen:** Ein dritter Faktor, der den Einfluss der EU-Skeptiker trotz günstigerer Wahlergebnisse auch zukünftig einschränken dürfte, ist das Berichterstatterwesen. Es sorgt insbesondere bei Regulierungssachverhalten, bei denen unterschiedliche Interessen in Einklang gebracht werden müssen, für eine Orientierung am kleinsten gemeinsamen Nenner. Extrempositionen finden sich in den Endfassungen der Berichte selten. Gleichwohl kann eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner am Ende bisweilen zu widersprüchlichen Ergebnissen und Forderungen im Trilog führen (siehe Kasten 19). Insbesondere bei Regulierungssachverhalten, bei denen starke nationale Interessen involviert sind, wird das EP aufgrund seiner Konsensorientierung selten eine eindeutige Position beziehen. Dies gilt allzumal, wenn es seine Position im gesetzgeberischen Wechselspiel mit dem Ministerrat nicht unnötig schwächen möchte. In diesem Fall wäre zwar eine grundsätzliche Einigung zwischen den großen Parteien gegeben, die den Gesetzgebungsprozess nicht wesentlich aufhält. Sofern jedoch mangelnde inhaltliche Einigkeit im Detail vorherrscht, könnten inhaltliche Änderungsanträge EU-skeptischer Fraktionen zu Einzelfragen durchaus eine größere Chance auf Akzeptanz haben und das Gesamtbild der Berichte noch inkonsistenter machen. In diesem Fall würde durchaus das Risiko bestehen, dass das EP in jenen verbliebenen Regulierungsbereichen, in denen es angesichts des zunehmend intergouvernemental geprägten Regulierungsumfelds der Eurokrise noch mitbestimmen kann, seinen Einfluss unnötig verschenkt.

Auch wenn der direkte Einfluss EU-skeptischer Kräfte trotz eines möglicherweise besseren Wahlergebnisses begrenzt sein dürfte, besteht durchaus das Risiko einer mittelbaren Beeinflussung der Europapolitik. Nicht zu unterschätzen ist nämlich das Risiko einer möglichen **Rückkopplung** des Wahlergebnisses der Europawahl mit der Haltung der nationalen Politik. Ein gutes Abschneiden der französischen Front National könnte beispielsweise den jüngst angekündigten marktwirtschaftlichen Reformkurs von Präsident Hollande gefährden. Ein Erfolg von UKIP dürfte die Debatte über den Sinn der EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs erneut anfachen und erneute Spekulationen über den Ausgang des Referendums über den Verbleib in der EU befeuern. Und auch in Italien



EU-Skeptiker im Aufwind?

dürften Beobachter das Abschneiden EU-skeptischer Parteien bei den Europawahlen als Zeugnis für den Reformkurs der neuen Regierung werten. Dieses indirekten Einflusses werden sich EU-skeptische Abgeordnete durchaus bewusst sein. Es ist damit zu rechnen, dass sie Redebeiträge im Plenum vornehmlich zur Profilierung im Heimatland nutzen werden.

Dies wird nicht ohne Folgen bleiben. Denkbar wäre, dass **Regierungen** im Lichte der nationalen Wahlergebnisse verstärkt versuchen werden, sich in ihren Ländern als Wahrer nationaler Interessen zu profilieren. Für zukünftige intergouvernementale Verhandlungsrunden – etwa bei einer Fortentwicklung des ESM oder bei einer Neuverhandlung zwischenstaatlicher Vertragswerke – könnte die bislang pragmatische und am Konsens orientierte Zusammenarbeit schwieriger werden. Auch wenn die Gefahr einer vollständigen Blockade unrealistisch ist, besteht durchaus das Risiko, dass Sonderinteressen zu umfangreichen Ausnahmeklauseln, Verzögerungen in den Verhandlungen und damit zu inkonsistenten Verhandlungsergebnissen führen könnten. Dass derartige Annahmen nicht unrealistisch sind, zeigt das Verhalten der finnischen Regierung im Rahmen der Verhandlungen zum zweiten Hilfspaket für Griechenland im Sommer 2011. Nach dem Wahlerfolg der *Wahren Finnen* bei der damaligen Parlamentswahl bestand Finnland auf eine zusätzliche Absicherung seiner Hilfsverpflichtungen durch zusätzliche griechische Garantien. Eine Einigung konnte am Ende nur durch Zugeständnisse der Europartner erreicht werden.

Die **Reaktion der Kapitalmärkte** auf ein stärkeres Abschneiden der EU-skeptischen Parteien bei den Europawahlen dürfte eher verhalten ausfallen. Zwar dürfte den meisten Investoren bewusst sein, dass das Europäische Parlament auf die akute Eurorettungspolitik keinen Einfluss hat. Gleichwohl könnte ein hoher Anteil von EU-Skeptikern am gesamteuropäischen Wahlergebnis durchaus als Beleg dafür angesehen werden, dass die Wählerschaft des Kontinents den aktuellen Krisenkurs nicht lückenlos unterstützt. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass viele Bürger nicht über die Kompetenzen des Parlaments hinreichend informiert sind und ihre Stimme bei der Europawahl durchaus als Kanal der Rückmeldung gegenüber nationalen Eliten nutzen würden. Folglich könnte sich das Augenmerk von Investoren nach der Europawahl wieder verstärkt auf politische Risiken – und weniger die Risiken im Kapitalmarkt und im Finanzsystem – konzentrieren.



Ausblick

Die Europawahl im Mai ist nach wie vor mit hohen Unsicherheiten behaftet. Die nationalen Umfragewerte lassen jedoch erste Schlüsse auf das Wahlergebnis der Europawahlen zu. EU-skeptische Parteien könnten in der kommenden Legislaturperiode durchaus stärker vertreten sein als in der zurückliegenden.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass das EU-skeptische Spektrum enorm zersplittert ist und nur unter bestimmten Voraussetzungen in der Lage sein wird, eine Fraktion im EP am gemäßigten rechten Rand zu bilden. Selbst wenn dies gelingen würde, würde diese Fraktion noch unter internen Flügelkämpfen und Streitigkeiten leiden.

Der europäische Integrationsprozess an sich wird indes weiterhin von den Regierungen der Mitgliedstaaten getragen werden. Sie haben seit Anfang der Eurokrise das intergouvernementale Moment der europäischen Integration gestärkt und dürften daher weiterhin Initiator und Treiber sein. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die öffentliche Debatte im Vorfeld der Europawahlen diesen Umstand als erneuten Beleg für das Demokratiedefizit der europäischen Institutionen anführt. Das EP dürfte indes weiterhin handlungsfähig bleiben, doch durch interne Mehrstimmigkeit noch weniger fähig sein, sich eindeutig zu positionieren. Dies wiederum dürfte dazu führen, dass EU-skeptische Bewegungen auch in Zukunft ihre Positionen vor allem als Oppositionsinstrument in den nationalen Parteienwettbewerben nutzen werden. Dies dürfte – zusammen mit der Signalwirkung des Wahlergebnisses – dazu führen, dass ein gutes Abschneiden EU-skeptischer Parteien auch einen Widerhall in der Politik der Mitgliedstaaten findet.

Für alle derzeit diskutierten Zukunftsmodelle der EU gilt, dass sie alles andere als unumstritten sind. Nationale Debatten, aber auch das Verhalten einiger Regierungen lassen vermuten, dass die europäische Integration in Zukunft keine Einbahnstraße zu „mehr Europa“ sein wird. Die Konstituierung einer europäischen Staatlichkeit bzw. der dazu notwendige Souveränitätsverzicht bleibt Vision, die Rückbesinnung auf nationale oder subnationale Interessen wäre aber angesichts der erreichten Komplexität der europäischen Integration ein fraglicher Ausweg.

Die Debatte über den künftigen Kurs der europäischen Integration wird unter dem Eindruck dieses aktuellen Schwebezustands stehen und von Wahlerfolgen EU-skeptischer Parteien beeinflusst werden.

Nicolaus Heinen (+49 69 910-31713, nicolaus.heinen@db.com)

Florian Hartleb (+49 30 26996-3499, florian_hartleb@web.de)



Literatur

- Flood, Chris (2002). Problematising Euroscepticism, Unpublished paper presented at Queen's University Belfast, Belfast.
- Harmsen, Robert und Menno Spiering (2004). Introduction: Euroscepticism and the evolution of European political debate. In Harmsen/Spiering (Ed.). Euroscepticism: party politics, national identity and European integration. Amsterdam/New York. S. 13-36.
- Hartleb, Florian (2012). Euroskeptische Parteienfamilie. In Uwe Jun und Benjamin Höhne (Hrsg.). Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Arbeitskreis Parteienforschung der DVPW. Budrich Verlag: Opladen. Berlin & Toronto. S. 302-325.
- Hartleb, Florian (2014). Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie. Baden-Baden.
- Panagiotidis, Elena (2012). The Radicalisation of the Greek Political Landscape. Greece after the Parliamentary Election of 6 May 2012. In Südosteuropa-Mitteilungen 52 (3). S. 70-79.
- Puglisi, Laura (2012). Europäische Parteienlandschaft im Wandel. Deutsche Bank Research. Research Briefing, Europäische Integration. Frankfurt am Main.
- Raunio, Tapio (2012). „Whenever the EU is involved, you get problems“: Explaining the European policy of The (True) Finns. Sussex European Institute. SEI Working Paper No. 127. University of Sussex.
- Reif, K. und H. Schmitt (1980). Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. European Journal of Political Research, 8. S. 3-44.
- Taggart, Paul (1998). A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems. European Journal of Political Research, 33(3). S. 363-388.
- Taggart, Paul und Aleks Szczerbiak (2004). Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe. In European Journal of Political Research, 43 (1). S. 1-27.
- Taggart, Paul und Aleks Szczerbiak (2008). Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe. In Szczerbiak/Taggart (Hrsg.). Opposing Europe? Comparative and Theoretical Perspectives, Vol. 1. Oxford. S. 1-15.
- Voermann, Gerrit (2012). Linkspopulismus im Vergleich. Die niederländische Socialistische Partij (SP) und die deutsche Linke. In Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hrsg.). Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. Münster u.a. S. 179–204.
- Weßels, Bernhard (2009). Spielarten des Euroskeptizismus. In Frank Decker und Marcus Höreth (Hrsg.): Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojektes. Wiesbaden. S. 50-68.



EU-Monitor

- ▶ Re-Industrialisierung Europas:
Anspruch und Wirklichkeit 4. November 2013
- ▶ EU-Bankenunion: Richtige Idee,
schlechte Durchführung 20. September 2013
- ▶ Der EU-Binnenmarkt nach 20 Jahren:
Erfolge, unerfüllte Erwartungen und
weitere Potenziale 19. September 2013
- ▶ Project Bond Initiative:
Projektauswahl für Erfolg entscheidend 23. August 2013
- ▶ Zinsbesteuerung, Amtshilfe und Co.:
Steuerlicher Informationsaustausch
setzt sich durch 5. August 2013
- ▶ Atlantische Einheit im weltweiten Wettbewerb:
T-TIP in Perspektive 2. August 2013
- ▶ Unternehmensanleihen in Europa:
Wo stehen wir und wohin geht die Reise? 11. März 2013
- ▶ Alle Wege führen in die Fiskalunion?
Optionen für mehr fiskalische Integration
in der Eurozone 5. März 2013
- ▶ EU-Bankenunion:
Besser gründlich als schnell! 30. August 2012
- ▶ Primus sucht Partner: Die Freihandels-
abkommen der EU in Perspektive 8. Mai 2012

Unsere Publikationen finden Sie unentgeltlich auf unserer Internetseite www.dbresearch.de. Dort können Sie sich auch als regelmäßiger Empfänger unserer Publikationen per E-Mail eintragen.

Für die Print-Version wenden Sie sich bitte an:
Deutsche Bank Research
Marketing
60262 Frankfurt am Main
Fax: +49 69 910-31877
E-Mail: marketing.dbr@db.com

Schneller via E-Mail:
marketing.dbr@db.com

© Copyright 2014. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.
Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg